

Stand: 01.01.2026 16:21:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4059

"Pflege besser machen - Maßnahmen ergreifen I: Ausbildungsumlage zügig einführen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4059 vom 05.11.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4942 des GP vom 11.11.2014
3. Beschluss des Plenums 17/5109 vom 03.02.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 36 vom 03.02.2015



Antrag

der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Ruth Müller, Kathi Petersen SPD**

Pflege besser machen – Maßnahmen ergreifen I: Ausbildungsumlage zügig einführen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Finanzierung der Pflegeausbildung eine für alle ambulanten, teilstationären und stationären Pflegedienste und -einrichtungen verpflichtende Umlage einzuführen, die ausbildenden Einrichtungen zugutekommt, um Gebührenerhöhungen für die betreuten Pflegebedürftigen zu vermeiden und ausbildenden Einrichtungen keinem Wettbewerbsnachteil aussetzt.

Begründung:

Einer Untersuchung der TU Dortmund zum Ausbildungsbedarf in den Pflegeberufen in Bayern und dem Zwischenbericht hierzu im Landespflegeausschuss zufolge steigt der Gesamtbedarf an staatlich anerkannten Altenpflegern von 35.000 im Jahr 2013 auf 47.000 im Jahr 2021 an. Um diesen Bedarf decken zu können, bedürfte es im Jahr 2014 etwa 4.000 Ausbildungsanfängern, im Jahr 2018/19 ist von rund 4.500 Ausbildungsanfängern auszugehen. Ausgehend von den Schülerzahlen im Schuljahr 2013/14 ist von einem zusätzlichen Bedarf zwischen 1.700 und 2.250 Anfängern jährlich zu rechnen.

Dieser Entwicklung steht eine sinkende Ausbildungsbereitschaft der Pflegeeinrichtungen gegenüber, da sie durch das derzeitige System erhebliche Wettbewerbsnachteile verzeichnen müssen: Denn aktuell müssen ausbildende Pflegeeinrichtungen die Kosten für die Ausbildung auf ihren Pflegesatz umlegen. Damit erhöhen sich die Ausgaben der pflegebedürftigen Personen, die kostengünstigere Pflegeeinrichtungen ohne Ausbildungszuschlag bevorzugen. Von den befragten Einrichtungen wurden für die kommenden Jahre rund 3.650 Ausbildungsplätze in Aussicht gestellt – zu wenige für den ermittelten Ausbildungsbedarf! Eine Ausbildungsumlage, die von allen ambulanten, teilstationären und stationären Pflegeeinrichtungen und -diensten gleichermaßen zu tragen ist, gleicht diese Lücke ebenso wie den Wettbewerbsnachteil der Einrichtungen aus und sorgt für eine solidarische Verteilung der Kosten der praktischen Pflegeausbildung.

Dies trägt dazu bei, die dringend benötigte Kapazität an Ausbildungsplätzen zu erhöhen, da mit einem dramatischen Anstieg des Bedarfs an Fachkräften zu rechnen ist. Zudem sind die positiven Erfahrungen mit einer landesweiten Umlage in anderen Bundesländern wie beispielsweise Rheinland-Pfalz durchwegs positiv.



Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner,
Doris Rauscher, Ruth Müller u.a. SPD
Drs. 17/4059**

**Pflege besser machen - Maßnahmen ergreifen I: Ausbildungsum-
lage zügig einführen!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Kathrin Sonnenholzner**
Mitberichterstatter: **Hermann Imhof**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 17. Sitzung am 11. November 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher,
Ruth Müller, Kathi Petersen SPD**

Drs. 17/4059, 17/4942

**Pflege besser machen – Maßnahmen ergreifen I: Ausbildungsum-
lage zügig einführen!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Doris Rauscher

Abg. Ulrich Leiner

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Hermann Imhof

Staatsministerin Melanie Huml

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe gemeinsam die **Tagesordnungspunkte 10 und 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Ruth Müller u. a. (SPD)

Pflege besser machen - Maßnahmen ergreifen I: Ausbildungsumlage zügig einführen! (Drs. 17/4059)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen II

Ausbildungsumlage zur solidarischen Finanzierung der betrieblichen Ausbildung einführen (Drs. 17/552)

Ich darf darauf hinweisen, dass für beide Tagesordnungspunkte Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt wurde, aber dieses Mal von den jeweiligen Antragstellern. Das darf man einmal dazusagen.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Rauscher von der SPD. Bitte sehr.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Bayerischen Landtag! Bereits zehn Jahre diskutieren wir bzw. unsere Vorgänger und Vorgängerinnen hier im Hohen Hause über die Einführung einer Ausbildungsumlage in der Pflege – zehn Jahre, in denen sich der Mangel an praktischen Ausbildungsplätzen und die einseitige finanzielle Belastung der Ausbildungsstätten in der Altenpflege bereits abgezeichnet haben, Jahre, in denen Bayern schon längst umfassend auf den Mangel an Fachkräften in diesem Bereich hätte reagieren müssen.

Bereits 2004 haben die Berufsfachschulen für Altenpflege mehr Schulplätze angeboten, als praktische Ausbildungsplätze in den Einrichtungen zur Verfügung standen. Bereits 2004 hat die SPD darauf aufmerksam gemacht, dass immer weniger Praxisausbildungsplätze angeboten werden, weil die Einrichtungen die entstehenden Kosten für die Auszubildenden nicht tragen möchten oder können und weil sie einen Wettbewerbsnachteil fürchten, da sie die entstehenden Kosten auf die Pflegesätze der Heimbewohner in ihren Einrichtungen umlegen müssen.

Nachdem der Antrag der SPD zur Einführung einer Ausbildungsumlage im November vergangenen Jahres erneut abgelehnt wurde, haben wir uns dafür entschieden, diesen Antrag im heutigen Plenum zum wiederholten Male auf die Tagesordnung zu setzen. Denn das Thema Pflege ist zu wichtig, als dass wir diese dringend notwendige Initiative heute nicht noch einmal mit Ihnen diskutieren wollen. Die Bitten zur Einführung dieser Umlage landen nämlich stapelweise auf unseren Tischen.

Im Ausschuss für Gesundheit und Pflege waren wir uns doch eigentlich fraktionsübergreifend einig, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir brauchen eine Ausbildungsumlage in Bayern, um mehr Frauen und Männer in die Ausbildung der Altenpflege zu bekommen.

Wie wichtig eine solche Umlage ist, zeigen uns inzwischen auch die Zahlen, die die TU Dortmund für Bayern ermittelt hat. Kurz das Fazit dieses Gutachtens: Für Bayern wäre die Einführung einer Ausbildungsumlage auf Basis der angestellten Untersuchung der Ausbildungsbedarfs- und Ausbildungsplatzzahlentwicklung gerechtfertigt, um Personalengpässe und Nachwuchssorgen zu verringern.

Ich möchte betonen, dass wir sehr wohl Sorgen und Nöte haben; denn wenn man sich die Prognosen für 2020 ansieht, stellt man fest, dass uns annähernd 50.000 Altenpflegekräfte in Bayern fehlen werden.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Zahlen und Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen zeigen, welchen positiven Effekt eine Ausbildungsumlage haben kann. Sie wurde erst 2012 eingeführt. Aber bereits nach einem Jahr zeigten sich erste Erfolge. Die Ausbildungszahlen konnten um sage und schreibe 20 % allein im ersten Jahr erhöht werden, Tendenz rapide steigend.

Umso mehr hat es meine Kolleginnen von der SPD-Fraktion und mich gewundert, dass unser Antrag im Ausschuss für Gesundheit und Pflege erneut abgelehnt wurde. Wir möchten mit einer klaren Aufforderung und durch einen Beschluss des Bayerischen Landtags die Ministerin in ihrer Absichtserklärung auch gegenüber dem Ministerpräsidenten stützen. Gleichzeitig möchten wir mit diesem Beschluss für uns selbst als Parlamentarier die Sicherheit, dass diese Ausbildungsumlage nun auch wirklich kommen wird.

(Beifall bei der SPD)

Dafür braucht es in unseren Augen ganz klar einen Auftrag durch das Parlament, den wir der Staatsregierung doch eigentlich alle gerne erteilen wollen, wenn ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, im Ausschuss richtig verstanden habe. Das Recht und den Auftrag eines Landesparlaments, der Staatsregierung Aufträge zu erteilen, sollten wir uns nicht durch eine reine Absichtserklärung einer Ministerin nehmen lassen. Wofür sind wir denn hier?

(Beifall bei der SPD)

Verlieren Sie sich doch bitte nicht in Klein-Klein und Formulierungsdetails! Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, einen gemeinsamen parlamentarischen Beschluss auf den Weg zu bringen, um mehr Ausbildungskapazitäten zu ermöglichen. Lassen Sie uns bitte bei diesem wichtigen Thema endlich an einem Strang ziehen, und zwar auf der gleichen Seite! Natürlich darf und kann das nicht die einzige Maßnahme sein, die der Freistaat ergreifen muss, um mehr Nachwuchskräfte in der Pflege zu bekommen. Aber es wäre

ein guter Schritt, um dem Fachkräftemangel in diesem wichtigen Bereich entgegenzutreten.

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, gemeinsam mit der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heute ein parlamentarisches Zeichen zu setzen, indem Sie diesen Anträgen zustimmen. Die Ausbildungsumlage wurde schon einmal für das Jahr 2014 versprochen. Parlamentarische Arbeit kann man aber nicht auf Absichtserklärungen oder Versprechungen aufbauen, sondern sie muss auf Beschlüssen beruhen. Deshalb bitte ich Sie nochmals um Zustimmung zu den Anträgen. Alles andere wäre unangemessen und hochmütig. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Rauscher. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Herr Kollege Leiner gemeldet. Bitte sehr.

Ulrich Leiner (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist beachtlich, erstaunlich und unverständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, dass wir uns heute im Plenum noch einmal mit der Ausbildungsumlage beschäftigen müssen.

Unser Antrag vom 4. Februar 2014 zielte genau in die Richtung, die Ausbildungsumlage möglichst zügig ein- und durchzuführen. Wir haben unseren Antrag damals zurückgestellt, weil uns gesagt wurde, dass das Gutachten der TU Dortmund bis Mai vorliegen werde und wir dann diese Ausbildungsumlage einführen könnten oder auch nicht.

Wir waren schon damals der Ansicht, dass dieses Gutachten nicht unbedingt notwendig wäre, weil zum Beispiel die Bundesagentur für Arbeit und das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung das Fehlen von Ausbildungsplätzen bestätigt hatten.

Durch die Zurückstellung haben wir im Prinzip ein Jahr verloren, in dem die Ausbildung der dringend benötigten Pflegekräfte von den zu Pflegenden zu zahlen war, also ungerechterweise von Bewohnerinnen und Bewohnern, die ambulant oder stationär in Einrichtungen betreut werden, die ausbilden. Die Bewohnerinnen und Bewohner in anderen Einrichtungen waren davon befreit. Das ist eine tiefe Ungerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein ganz entscheidender Punkt ist also die Wettbewerbsverzerrung, die zwischen den Einrichtungen stattgefunden hat. Die Kosten der Ausbildung müssen ja irgendwie bezahlt werden. Sie ist den Bewohnern aufgebürdet worden. Das hat dazu geführt, dass die Pflegesätze in diesen Einrichtungen deutlich höher lagen. Es ging um einen Betrag von etwa 180 bis 200 Euro, die in den anderen Einrichtungen nicht zu zahlen waren. Das führte zu diesem ungerechten Wettbewerb zwischen diesen Einrichtungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besonders ärgerlich ist – das haben mir viele Heimleiter berichtet –, dass die fertig ausgebildeten Arbeitskräfte dann von Heimen, die nicht ausgebildet haben, abgezogen wurden. Das ist eine ganz ärgerliche und ungerechte Situation, die heute noch besteht. Diese Situation gilt es so bald und so schnell wie möglich zu beenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Klar ist auch, dass die Ausbildungsumlage allein nicht die Wende bringen kann. Vielmehr ist dafür zu sorgen, dass die Pflegeberufe insgesamt attraktiver werden. Wir müssen klarmachen, dass der Pflegeberuf eine interessante und erfüllende Aufgabe sein kann. Deshalb müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, mehr Menschen für diesen Beruf zu begeistern. Die Kampagne "Herzwerker" ist ein gutes Beispiel, aber sie reicht bei Weitem nicht aus. Besonders ist dafür zu sorgen, dass die Ausbildungsplätze so gestaltet werden, dass junge Menschen in diesem Beruf nicht

das Gefühl bekommen, ausgenutzt und verheizt zu werden. Eine solche Situation haben wir im Moment.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Des Weiteren ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen zu ergreifen, zu dem wir schon viele Vorschläge gemacht haben. Ich nenne beispielsweise die Einführung einer generalistischen Ausbildung, für die wir im Grunde schon eine Mehrheit gefunden hatten. Außerdem muss die Praxisanleitung in den ausbildenden Betrieben dargestellt und Zeit dafür eingeplant werden. Als weitere Beispiele nenne ich die Einführung einer Pflegekammer sowie von Pflegestützpunkten.

Die Begründung, mit der Sie unseren Antrag damals abgelehnt haben, ist mehr als fadenscheinig. Die Kritik lag in dem Satz begründet: "Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf..." Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass diese Begründung zu weitgehend gewesen wäre. Es kann nicht sein, dass wir aufgrund des Gutachtens, das endlich im Oktober auf den Tisch gelegt wurde, die Bayerische Staatsregierung nicht mehr auffordern dürfen, entsprechende Maßnahmen zu beschließen und durchzuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Ich halte diese Sprachklauberei für unerträglich und für der Ernsthaftigkeit des Themas sowie der Bedeutung des zuständigen Ausschusses nicht angemessen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Ich bin gespannt, meine Damen und Herren, wie Sie sich heute entscheiden werden. Bisher liegt kein Antrag von Ihnen vor. Es wurde bisher kein Antrag im Ausschuss für Gesundheit und Pflege beschlossen, mit dem wir diese Ausbildungsumlage wollen. Ich bin, wie gesagt, gespannt auf Ihre Entscheidung.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Leiner. - Nun hat Kollege Seidenath für die CSU das Wort.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Einstieg, lieber Herr Kollege Leiner, kann ich genau so wählen wie Sie. Es ist schon erstaunlich und befremdlich, dass wir uns heute hier im Hohen Hause noch einmal mit der Ausbildungsumlage beschäftigen müssen. Ein bisschen kommt mir das vor, wie im Film "Das Leben des Brian" von Monty Python. Da ist die Volksfront von Judäa, die mit aller Härte die jüdische Volksfront bekämpft. Genau diesen Fall haben wir jetzt beim Thema Ausbildungsumlage.

Was ist geschehen? - Wir haben am 11. November im Ausschuss für Gesundheit und Pflege vom zuständigen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege gehört, dass nun eine neue Bedarfsprognose der TU Dortmund vorliegt. Dieses Gutachten werde den Weg für eine Ausbildungsumlage frei machen. Das Ministerium hat damals gesagt, dass es den Weg Richtung Ausbildungsumlage beschreiten kann und möchte.

Das bedeutet doch, dass wir gar nicht weit auseinander sind. Wir alle streben die Einführung einer Ausbildungsumlage an. Alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Zahl der Pflegefachkräfte zu erhöhen, müssen ernsthaft in Betracht gezogen werden. Genau aus diesem Grund waren und sind wir mit Ihrer Formulierung nicht einverstanden, weil Sie mit Ihren Anträgen die Staatsregierung auffordern, eine Umlage einzuführen. Das ist aber unnötig. Sie will es ja selbst.

Ich gebe Ihnen dazu ein vergleichendes Beispiel. Wir stehen im Tal und wollen auf den Gipfel. Alle Fraktionen sind im Tal versammelt und sagen, wir wollen auf diesen Gipfel hochgehen. Da geht einer von der Staatsregierung voran und sagt, ich will mal sehen, ob es dafür einen gerichtsfesten, ungefährlichen Weg gibt. Der Betreffende kommt zurück und sagt, ich habe den Weg gefunden. Dann fordern Sie ihn auf, da

hochzugehen. Richtiger wäre doch zu sagen: Lasst uns das gemeinsam anpacken und gemeinsam hochgehen.

Nun ist aber der Streit um des Kaisers Bart passiert, und deswegen gebe ich Ihnen da vollkommen recht, lieber Herr Kollege Leiner: Diese Sprachklauberei ist unerträglich und der Bedeutung des Ausschusses nicht angemessen. Wir sind uns ja, wie gesagt, im Grunde einig und haben im Ausschuss für Gesundheit und Pflege bei unseren Beratungen bisher auch immer die Sache in den Mittelpunkt gestellt.

Ich kann deshalb nicht nachvollziehen, warum Sie unseren Weg nicht mitgegangen sind. Sie haben auf ein starkes Signal seitens des Landtages pro Ausbildungsumlage verzichtet, als Sie unserem Vorschlag nicht folgen wollten. Wir haben doch gesagt, dass wir bei Ihrem Antrag mitgehen würden, wenn Sie unserem Vorschlag folgen, das Wort "auffordern" durch die Worte zu ersetzen: "Wir bestärken die Staatsregierung in ihrer Haltung." - Damit hätten wir den Antrag am 11. November schon beschließen können. So aber mussten wir ihn noch einmal mit den Worten "Wir bestärken die Staatsregierung" in den Landtag einbringen. Er wird in den nächsten Wochen im Ausschuss beraten. Das führt nach der Geschäftsordnung zu einer mehrmonatigen Verzögerung. Wir hätten das im Grunde deutlich einfacher haben können.

(Doris Rauscher (SPD): Das sehe ich auch so, Herr Kollege!)

Die Sympathie für die Umlage war von uns allen lange formuliert; das betone ich hier gerne ausdrücklich. Um einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 2009 Genüge zu tun, geht es aber nicht ohne eine gerichtsfeste Angebots- und Bedarfsprognose; das müssen Sie sich noch einmal anschauen. Deshalb mussten wir diese Angebots- und Bedarfsprognose erstellen lassen. Das ist jetzt geschehen. Das Kriterium der zu wenigen Bewerber für die Ausbildungsstellen reicht nicht; es müssen auch zu wenig Ausbildungsplätze vorhanden sein. Die neue Angebots- und Bedarfsprognose weist nun nach, dass in der Tat zu wenig Ausbildungsplätze vorhanden sind. Nachdem nun beides der Fall ist, ist der Weg für eine Ausbildungsumlage frei.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Vielen Dank. - Diesen Weg wollen wir nun konsequent gehen, meine Damen und Herren. Was uns auf diesem Weg erwartet, darauf wird nachher noch mein Kollege Hermann Imhof eingehen. Wir haben jedenfalls einen Antrag pro Ausbildungsumlage auf den Weg gebracht. Mit unserer Formulierung bringen wir zum Ausdruck, dass die Umlage das Ziel von uns allen ist. Sie lassen das hingegen nicht erkennen, deshalb können wir Ihren Anträgen nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr. - Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat sich Herr Professor Dr. Bauer gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Pflegenotstand ist in Bayern längst tägliche Realität. Die Versorgungslücke ist mit Händen zu greifen, und sie besteht in unserem Land seit vielen Jahren bis heute. Sie wird täglich größer, und das macht uns Sorge. Ich appelliere deshalb auch an die Kollegen von der CSU, hier mit einer Stimme zu sprechen. Wir haben es im Ausschuss gehört, und wir haben es im Ausschuss auch gemeinsam besprochen.

Ich bin deshalb überrascht, dass inzwischen ein Jahr vergangen ist, ohne dass etwas passiert ist. Das müsste man doch schneller in die Wege leiten und diese Umlage gemeinsam auf den Weg bringen. Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung wird die Anzahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 in Bayern um 48 % steigen, in München sogar um 102 %. Diese Zahlen sollten uns doch zu denken geben; denn sie bedeuten dramatische gesellschaftliche Veränderungen, auf die die Politik reagieren muss. Die Staatsregierung muss deshalb so schnell wie möglich handeln. Wir können jetzt nicht wieder aus formalen Gründen - wie wir das gerade von Herrn Kollegen Seidenath gehört haben, weil die Geschäftsordnung so gestaltet ist - einige Monate damit verbringen, nichts zu tun.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Menschlichkeit in der Pflege - das zu betonen, ist mir an dieser Stelle besonders wichtig - darf bei all unseren Aktivitäten im Hinblick auf die Umlage nicht aus den Augen verloren werden. Wir müssen sie im Auge behalten. Wir müssen die Menschlichkeit in der Pflege immer wieder sicherstellen. Wir FREIEN WÄHLER fordern dies seit Jahren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben deshalb entsprechende Anträge gestellt. Für gute Pflege ist auch eine ausreichende Anzahl von Pflegekräften und von Auszubildenden notwendig. Sie müssen aber erst einmal gewonnen werden. Die Situation in der Pflege ist heute als prekär zu bezeichnen; denn wir gewinnen diese Kräfte nicht. Es ist unser gemeinsames Bemühen, diese Pflegekräfte zu gewinnen.

Es ist auch in keiner Weise nachvollziehbar - und darauf haben meine Vorförderer bereits hingewiesen -, dass die Einrichtungen, die ausbilden und damit aktiv etwas gegen den Pflegenotstand tun, vollständig für die Ausbildungskosten aufkommen müssen. Dadurch fehlt nicht nur ein sinnvoller Anreiz für die Ausbildung, sondern es ist sogar ein Wettbewerbsnachteil. Das ist - das haben Sie vorhin schon gesagt - ein klarer Wettbewerbsnachteil für die Betriebe, die ausbilden. Dieser Missstand ist weder zu verantworten noch zu verstehen, weder von den Bürgerinnen und Bürgern draußen im Land noch von den Pflegenden und den zu Pflegenden. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns seit Jahren für eine erhöhte staatliche Förderung ein. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an unsere jahrelangen Forderungen zur Abschaffung des Schulgeldes für Pflegefachschülerinnen.

Ich möchte auf die rechtliche Situation eingehen. Herr Kollege Seidenath, ein Gutachten des Instituts für Gerontologie hat ergeben, dass in Bayern im Jahr 2030 mehr als 63.000 – hier unterscheiden sich die Zahlen vielleicht ein bisschen – Vollzeitpflegekräfte fehlen werden. Das ist eine erhebliche Anzahl. Damit ist die faktische Grundlage

für die Einführung der Umlage gegeben. Nach § 25 Absatz 1 des Altenpflegegesetzes ist dies die notwendige Voraussetzung. Wir FREIEN WÄHLER sehen die Ausbildungsumlage als einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Pflegeausbildung an. Wir fordern auch weiterhin, die Finanzierung durch staatliche Zuschüsse zu erhöhen, beispielsweise durch die Einzahlung des Bundes in die Pflegekassen. Auch dies dürfen wir nicht vergessen. Das jüngste Gutachten - ich habe es vorhin zitiert - hat bestätigt, wie ernst die Situation in der Pflege schon heute ist. Es zeigt auch, welche schwerwiegenden Probleme in den kommenden Jahren auf uns zukommen werden, wenn wir nicht umgehend zielgerichtet handeln. Ich betone: umgehend und zielgerichtet.

Jetzt muss politisch entschieden und gehandelt werden. Wir FREIEN WÄHLER werden diese Schritte politisch unterstützen und mittragen. Deshalb stimmen wir auch dem Antrag der SPD zu, so wie er hier vorliegt.

Über den Antrag der GRÜNEN haben wir uns ausführlich unterhalten. Wir können ihm leider nicht zustimmen, wir werden uns enthalten. Leider reicht die Zeit nicht mehr aus, unser Abstimmungsverhalten zu begründen. Wir können aber im Anschluss noch darüber reden. Hier sind noch einige Unklarheiten zu erörtern. Vielleicht können wir diesem Antrag in geänderter Form dann später auch zustimmen. Heute aber ist eine Zustimmung leider nicht möglich. Die FREIEN WÄHLER werden sich enthalten. Ich bitte noch einmal um Zustimmung zum Antrag der SPD.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die CSU hat sich Herr Kollege Imhof gemeldet. Bitte.

Hermann Imhof (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seitens unserer Fraktion sage ich ein klares Ja zur Ausbildungsumlage, ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Einfach zustimmen! – Zurufe von der SPD: Zustimmen!)

Dieses klare Ja ist im Übrigen schon sehr häufig öffentlich dokumentiert worden, beispielsweise von mir, aber auch von der Ministerin und von Gesundheitspolitikern meiner Fraktion. Ich hätte mich deshalb gefreut, Herr Kollege Leiner, wenn Sie das, was Sie als Wortklauberei bezeichnen, als Brückenbau verstanden hätten. Dann hätten wir nämlich aus dem Ausschuss ein klares Signal an die Öffentlichkeit senden können. Im Grunde will doch jeder von uns haargenau dasselbe.

Meine Damen und Herren, wir freuen uns mit der ganzen Trägerlandschaft über die angestrebte Ausbildungsumlage. Wenn man sich bei den Trägern umhört, dann stellt man dort eine große Zustimmung fest, dass sie kommt. Sie ist wirklich ein wichtiger Aspekt, um neue Kräfte zu gewinnen. Sie ist ein starker Anreiz. Sie ist auch konkret im Fünf-Punkte-Programm der Ministerin verankert, um Pflegekräfte zu gewinnen. Dazu gehört aber auch, Herr Leiner, die Praxisanleitung gezielter zu gestalten und die "Herzwerker"-Kampagne weiter zu entfalten. Mit Sicherheit gehört dazu auch, das Dokumentationssystem ein Stück so zu reduzieren, dass Frauen und Männer in der Pflege sich mehr dem zuwenden können, wofür sie eigentlich da sind, nämlich den Menschen. Dazu gehört aber auch, die große Zahl der Abbrecher zu verringern.

Herr Kollege Leiner, Sie haben auch zu Recht gesagt: Es ist nur eine Teilmaßnahme hin zu mehr Gerechtigkeit.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich sage ganz unverblümt als Gesundheits- und Sozialpolitiker: Unser Ziel muss letzten Endes sein, eine gesamtgesellschaftliche Gerechtigkeit zu schaffen. Derzeit werden auf wenige Bewohner die Ausbildungskosten umgelegt. Der zweite Schritt ist nun die Ausbildungsumlage. Der dritte Schritt - und das ist auch im SGB XI festgelegt – muss die Umlage aus Steuern und Beiträgen auf die Gesamtgesellschaft sein. Es wurde bereits gesagt: Die rechtlichen Voraussetzungen sind gegeben.

Ich möchte nun noch etwas zu Nordrhein-Westfalen sagen; denn dieses Bundesland wurde genannt. Nordrhein-Westfalen hat die Ausbildungsumlage zu Recht. Meine

Damen und Herren, immer ist davon die Rede, hier würde etwas verzögert, die Staatsregierung würde sich zu viel Zeit lassen und nichts umsetzen. Ich sehe das Ministerium hingegen nach der Bedarfs- und Angebotsprognose aktiv handeln. Im Landespflegeausschuss wurde eine Arbeitsgruppe beauftragt, ein Konzept vorzulegen. Dieses Konzept wird in Abstimmung mit dieser Gruppe bis etwa September vorliegen. So lange dauert es, meine Damen und Herren. Die Trägerlandschaft hat ja auch verschiedene Vorstellungen.

Wenn Sie sich erinnern, in Nordrhein-Westfalen hat man zwei Jahre dazu gebraucht. Es geht natürlich darum, zum einen eine Art Behörde oder Institution damit zu beauftragen. Die ganzen Verwendungsnachweise, Anträge, zum anderen, Vergabebescheide zu erstellen, bedeutet Personalmehrungen. Das bedeutet, dass eine geeignete Software und natürlich eine Administration erforderlich sind, die eines Tages – ich sage optimistisch – im Frühjahr 2016 tatsächlich eine Ausbildungsumlage einführen kann. Das ist ein realistischer Zeitraum, meine Damen und Herren, weil wir wissen, dass die Große Koalition Pflegereformgesetze bis Ende dieses Jahres vorbereiten soll. Sie wissen, es wird die generalistische Ausbildung diskutiert, und es wird die generalistische Finanzierung dieser Ausbildung diskutiert. Wir brauchen eine Ausbildungsumlage, die in dieses System stimmig hineinpasst.

Die Ausbildungsumlage wird kommen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche, behaupte ich. Aber ihre Einführung wird dauern, weil es eben Vorbereitungen bedarf. Wenn wir das miteinander schaffen, dann möchte ich, ehrlich gesagt, im Kollegenkreis und in Ausschüssen nicht mehr hören, dass nichts passiert.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Stimmt doch!)

- Nein, das stimmt nicht, Herr Pfaffmann. Das Ministerium ist seit der Bedarfs- und Angebotsprognose konsequent diesen Schritt gegangen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Seit zehn Jahren!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Imhof, Sie haben schon mehr als eine Minute überzogen.

Hermann Imhof (CSU): Okay, dann mache ich Schluss. - Kolleginnen und Kollegen, die Ausbildungsumlage wird kommen, so sicher wie das Amen in der Kirche, aber eben erst im Frühjahr 2016, vermute ich.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Herr Kollege Imhof, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Kollegin Rauscher hat eine Zwischenbemerkung angemeldet.

Doris Rauscher (SPD): Ich möchte doch noch den einen oder anderen Kommentar nach den Reden der beiden Herren loslassen.

Zum einen kann ich es wirklich nicht fassen, dass Sie heute erneut diese Anträge ablehnen und sich nach wie vor an einem Wörtchen aufhängen. Da frage ich mich, wer hier Erbsenzählerei betreibt. Wir haben im Ausschuss sehr wohl ein Brücke gebaut, Herr Kollege. Wir haben angeboten, die Worte "Die Staatsregierung wird aufgefordert" zu ersetzen durch: "Wir bitten die Bayerische Staatsregierung". Was kann man noch mehr tun, als die Staatsregierung freundlich zu bitten, einen Auftrag umzusetzen?

(Zuruf von der CSU: Untertänigst!)

- Ja, untertänigst zu bitten. - Zum anderen, Herr Kollege Seidenath, finde ich es schon ein bisschen dreist, der Opposition heute fast vorzuwerfen, dass wir auf der Grundlage der Geschäftsordnung einen Beschluss hinausgezögert hätten, weil wir nicht in der Lage gewesen seien, uns der Formulierung der Mehrheitsfraktion anzuschließen. Hätten Sie sich doch einfach uns angeschlossen und der Formulierung einer Bitte zugestimmt, dann wären wir weiter und könnten, Herr Kollege Imhof, die Ausbildungsumlage vielleicht schon im September 2015 und nicht erst im Frühjahr 2016 einführen.

(Beifall bei der SPD)

Die Wahrheit ist, dass Sie einem Antrag der Opposition, auch wenn er noch so gut ist, einfach nicht zustimmen möchten.

(Beifall bei der SPD)

Darum bringen Sie nächste Woche einen eigenen Antrag ein. Dann werden wir die Ausbildungsumlage bekommen – Ziel erreicht. Aber es ist wirklich traurig.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Seidenath (CSU))

Hermann Imhof (CSU): Liebe Frau Kollegin Rauscher, ich habe das zwar am Anfang schon relativ dezidiert ausgeführt, aber ich sage es noch einmal. Unser "Brückenbau" war keine Wortklauberei. Wenn ein Ministerium auf dem Weg ist, und zwar zeitgenau, passgenau auf der Spur ist und alle Voraussetzungen schafft, um eine Ausbildungsumlage einzuführen, dann muss es nicht mehr aufgefordert werden. Dann finde ich das nicht dreist, wie Sie es formulieren, sondern dann würde ich sagen: Jawohl, das Ministerium ist auf einem guten Weg. Ermächtigen wir es doch, bestärken wir es doch in dieser Auffassung.

Wir sind im Zeitplan, weil der Landespflegeausschuss mit seiner Arbeitsgruppe längst aktiv ist und ein Konzept ausarbeitet, dessen Fertigstellung allerdings bis September dauern wird.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Imhof. - Dann lassen wir jetzt die Staatsregierung zu Wort kommen. Frau Staatsministerin Huml, bitte schön.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie brauchen uns weder aufzufordern noch zu bitten, wir setzen das um, wir wollen diese Ausbildungsumlage.

(Beifall bei der CSU – Doris Rauscher (SPD): Seit zehn Jahren!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben seit gut einem Jahr ein Gesundheits- und Pflegeministerium. Wir sind wirklich auf gutem Wege, viele Anträge, viele Dinge für die Pflege umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man den vierten Pflege-Qualitätsbericht des Medizinischen Dienstes des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherungen liest, erkennt man, dass sich die Pflegequalität in den letzten zehn Jahren verbessert hat. Ich danke den engagierten Pflegekräften, dass es möglich gewesen ist und sie sich so eingebracht haben. Gleichzeitig ist es aber auch Ansporn für mich weiterzuarbeiten. Wir wollen uns nicht ausruhen, sondern wir wollen da weiterarbeiten. Wir wollen uns für das Zukunftsthema Pflege einsetzen. Dabei ist für mich sonnenklar: Im Mittelpunkt unserer Anstrengungen müssen die Pflegekräfte stehen. Denn gute und verlässliche Pflege braucht heute wie morgen ausreichend qualifiziertes und motiviertes Personal. Entscheidend ist eben, die Attraktivität des Pflegeberufes zu steigern, damit junge Menschen diesen Beruf ergreifen, der zugleich anspruchsvoll wie auch erfüllend sein kann.

Deswegen ist es mir ein ganz wichtiges Anliegen, nicht erst seit den Anträgen, sondern auch schon zuvor, dass wir schauen, was wir tun können, wie wir die Ausbildung verbessern können. Es ist eben so, dass jeder, der von seiner Ausbildung begeistert berichtet, der beste Werbeträger für uns ist, damit noch mehr junge Menschen diesen Beruf ergreifen. Deswegen ist für mich ganz wichtig, die Bedingungen für Auszubildende und Pflegekräfte umfassend und nachhaltig zu optimieren.

Wir haben schon einiges erreicht. Ich darf daran erinnern, dass die tatsächlich bezahlten Tariflöhne in den Pflegesatzverhandlungen nicht aus Unwirtschaftlichkeitsgründen abgelehnt werden dürfen. All das haben wir schon auf Bundesebene auf den Weg gebracht. Wir wollen die Ausbildung in der Pflege verbessern.

Auf meine Initiative hin hat der Landespfegeausschuss Ende November eine Arbeitsgruppe "Ausbildung" eingerichtet. Auftrag der Arbeitsgruppe ist festzulegen, wie die

Umlage umgesetzt wird – nicht ob sie umgesetzt, sondern wie sie umgesetzt wird. Das möchte ich hier ganz klar sagen.

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig wird neben der Ausbildungsumlage auch die Ausbildungsanleitung Thema sein. Kollege Leiner, Sie haben das angesprochen. Sie wissen, ich habe im letzten Jahr schon das Fünf-Punkte-Programm für die Ausbildung auf den Weg gebracht. Dazu gehören Entbürokratisierung, Ausbau der "Herzwerker"-Kampagne, bessere Anleitung in der praktischen Ausbildung, ein Projekt zum Stop von Ausbildungsabbrüchen und eben auch damals schon ein konkretes Konzept für eine Ausbildungsumlage. Das war schon damals mein erklärtes Ziel gewesen.

Allerdings gehen wir Schritt für Schritt vor; denn seit letztem Herbst wissen wir, dass rechtlich eine Umlage möglich ist. Deswegen haben wir diese Studie in Auftrag gegeben. Ohne eine solide Datengrundlage hätte eine Ausbildungsumlage nämlich eventuell vor Gericht nicht standgehalten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir haben es in Sachsen erlebt. Dort ist die Umlageregelung aufgehoben worden. Deswegen war es notwendig, dass wir erst das Studienergebnis abwarten, um jetzt die Umlage entsprechend umzusetzen. Aber auch das braucht seine Zeit, bis wir das Schritt für Schritt umsetzen.

Ich bin der Meinung, dass die Ausbildungsumlage für mehr Gerechtigkeit sorgt. Deswegen stehe ich dazu. Ich bin der Auffassung, dass sich alle, die für die Ausbildung in der Pflege stehen, an den Kosten beteiligen sollen. Gleichzeitig müssen wir darauf schauen, was auf Bundesebene entsteht, um angemessen reagieren zu können.

In diesem Sinne arbeiten wir in Bayern für die Umlage mit Blick auf die Bundesebene, damit unsere Konzepte zusammenpassen. In diesem Sinne danke ich für jede Unter-

stützung. Wir brauchen uns aber nicht auffordern oder bitten zu lassen. Wir werden es umsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Damit kommen wir zur Abstimmung. Die Tagesordnungspunkte werden wieder getrennt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Bitte, meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zu drei namentlichen Abstimmungen. Ich bitte um etwas Konzentration. – Ich lasse über den Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/4059 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 10. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die namentliche Abstimmung ist hiermit eröffnet. Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 17.00 bis 17.05 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Plätze wieder einzunehmen. Das Ergebnis der Abstimmung wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben. Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein, damit wir mit den Abstimmungen fortfahren können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein. Ich würde gern mit den Abstimmungen fortfahren. Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein. Ist das schwierig zu verstehen? – Offensichtlich.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie reden nicht bairisch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse nun über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/552, Tagesordnungspunkt 11, abstimmen. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt wiederum die Ablehnung des Antrags. Auch hierzu wurde namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die Abstimmung. Es stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.06 bis 17.09 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Auch dieses Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

(Unruhe)

Ich darf Sie noch einmal bitten, wieder zur Ruhe zu kommen und sich hinzusetzen. Wir haben noch eine namentliche Abstimmung. Dazu wäre es gut, wenn Sie wüssten, um welche es geht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich komme zurück zu Tagesordnungspunkt 9, dem Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Dr. Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Verfassungsauftrag ernstnehmen – Anerkennungskultur für Bürgerschaftliches Engagement umsetzen". Das ist die Drucksache 17/3718. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Es stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.10 bis 17.13 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Abstimmung. Ich gebe jetzt das Ergebnis der durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt. Zum Antrag der Abgeordneten Sonnenholzner, Rauscher, Müller und anderer (SPD) betreffend "Pflege besser machen – Maßnahmen ergreifen I: Ausbildungsumlage zügig einführen!", Drucksache 17/4059 – das war der Tagesordnungspunkt 10: Mit Ja haben 72 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 93. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Nun zum Tagesordnungspunkt 11, zum Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Leiner und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen II – Ausbildungsumlage zur solidarischen Finanzierung der betrieblichen Ausbildung einführen", Drucksache 17/552: Mit Ja haben 55 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 90. Es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Damit sind die Tagesordnungspunkte 10 und 11 erledigt.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich noch folgende vonseiten der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN mitgeteilte Umbesetzungen bekannt: Frau Kollegin Margarete Bause wird anstelle des Kollegen Dr. Dürr neues Mitglied der Richter-Wahl-Kommission. Neues Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen wird anstelle des Kollegen Dr. Dürr Frau Kollegin Katharina Schulze. Ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.02.2015 zu Tagesordnungspunkt 10: Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Ruth Müller u. a. SPD; Pflege besser machen - Maßnahmen ergreifen I: Ausbildungsumlage zügig einführen! (Drucksache 17/4059)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten		X	
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Bachhuber Martin		X		Gote Ulrike		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Gottstein Eva		X	
Bauer Volker		X		Güll Martin		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Güller Harald		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann		X	
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann	X			Hanisch Joachim		X	
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold		X	
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra			
Dettenhöfer Petra				Hintersberger Johannes		X	
Dorow Alex		X		Hofmann Michael		X	
Dünkel Norbert		X		Holetschek Klaus		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard		X	
Eck Gerhard		X		Huber Erwin		X	
Dr. Eiling-Hüting Ute		X		Dr. Huber Marcel		X	
Eisenreich Georg		X		Dr. Huber Martin		X	
Fackler Wolfgang		X		Huber Thomas		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen		X		Dr. Hünnerkopf Otto			
Fehlner Martina		X		Huml Melanie		X	
Felbinger Günther		X		Imhof Hermann		X	
Flierl Alexander		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Förster Linus		X		Kamm Christine		X	
Freller Karl			X	Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert				Karl Annette		X	
Ganserer Markus		X		Kirchner Sandro		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Knoblauch Günther		X	
				König Alexander		X	
				Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Büssinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streible Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wenger Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		

Gesamtsumme 72 93 0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.02.2015 zu Tagesordnungspunkt 11: Antrag der Abgeordneten
 Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Altenpflege
 in Bayern zukunftssicher machen II; Ausbildungsumlage zur solidarischen Finanzierung der betrieblichen
 Ausbildung einführen (Drucksache 17/552)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hüting Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas			X
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			X
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid			X
Heike Jürgen W.			X
Herold Hans			X
Dr. Herrmann Florian			X
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			X
Hofmann Michael			X
Holetschek Klaus			X
Dr. Hopp Gerhard			X
Huber Erwin			X
Dr. Huber Marcel			X
Dr. Huber Martin			X
Huber Thomas			
Dr. Hünnerkopf Otto			
Huml Melanie			X
Imhof Hermann			X
Jörg Oliver			X
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela			X
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			X
Knoblauch Günther	X		
König Alexander			X
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
 Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
 Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
 Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
 Osgyan Verena	X		
 Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
 Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
 Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Büssinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streible Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
 Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
 Unterländer Joachim		X	
 Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen		X	
 Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wenger Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel			X
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg			X
Winter Peter			X
Wittmann Mechthilde			X
Woerlein Herbert		X	
 Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef			X
Zierer Benno			X

Gesamtsumme 55 90 17